



Bericht und Beschlussempfehlung

des Bildungsausschusses

Verträge von Lehrkräften nicht mit dem Ferienbeginn enden lassen

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/926

Konzept zur Reduzierung der befristeten Beschäftigung von Lehrkräften

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/946 - selbstständig -

Der Bildungsausschuss hat sich mit den ihm durch Plenarbeschluss vom 18. Juni 2013 überwiesenen Anträgen Drucksachen 18/926 und 18/946 am 15. August 2013 befasst. Der ebenfalls mit Plenarbeschluss vom 18. Juni 2013 überwiesene Antrag Drucksache 18/948 sowie der Änderungsantrag Umdruck 18/1601 wurden von den Antragstellern zurückgenommen. Nachdem in dieser Ausschusssitzung der Text des Ursprungsantrags geändert wurde, traten SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW dem FDP-Antrag Drucksache 18/926 als Antragsteller bei.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW bei Enthaltung der CDU empfiehlt der Ausschuss, den Antrag Drucksache 18/926 in folgender Fassung anzunehmen:

„Die Landesregierung wird gebeten, so schnell wie möglich die von ihr beabsichtigten Maßnahmen zur Reduzierung der befristeten Beschäftigung von Lehrkräften schriftlich darzustellen. Dabei ist insbesondere sicherzustellen, dass dadurch die Zahl der mit Ferienbeginn endenden Arbeitsverträge reduziert wird. Die damit für das Land verbundenen Kosten sind darzustellen.“

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung von FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 18/946 abzulehnen.

Anke Erdmann
Vorsitzende